



liberal central

mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes berlin-mitte
extrablatt zur berlinwahl 2011



Libérale für das Abgeordnetenhaus von Berlin

Wirtschaftspolitik für eine dynamische Metropole

von Henner Schmidt MdA

Berlin hat wirtschaftliche Chancen wie kaum eine andere Region in Europa. Durch seine geringe Wirtschaftsleistung und die hohe Arbeitslosigkeit bleibt Berlin aber weit hinter anderen Bundesländern zurück. Gleichzeitig entwickeln sich viele neue Initiativen und ziehen kreative und engagierte Menschen an, die Berlin weit voran bringen können. Um diese großen Chancen zu nutzen, darf sich Wirtschaftspolitik für Berlin nicht weiter verzetteln, sondern muss auf diejenigen Bereiche setzen, in denen Berlin bereits jetzt große Stärken entwickelt hat. Dazu gehören vor allem die Gesundheitswirtschaft, die Verkehrswirtschaft, der Tourismus, die IT- Wirtschaft sowie Kultur-, Medien- und Kreativwirtschaft. Hier bestehen sehr gute Voraussetzungen für zusätzliches Wachstum und mehr Arbeitsplätze. Berlin kann zwar auf kein Unternehmen verzichten, neue Gründungen und Unternehmensansiedlungen sind aber deutlich leichter in diesen Kernbranchen zu erzielen. Deshalb muss Berlin in diesen Branchen gezielt weltweit Unternehmen anwerben und Neugründungen und das Wachstum bestehender Unternehmen anregen. Die Berliner Politik muss für diese Kernbranchen vor allem geeignete Infrastruktur bereitstellen und Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen eng mit den Unternehmen vernetzen.

Ein weiteres mögliches Wachstumsfeld, die so genannte „green economy“, bleibt derzeit in Berlin nur ein Schlagwort. Unter diesem Begriff werden so viele verschiedene Branchen und Unternehmen zusammengefasst, dass er vage und inhaltsleer bleibt.

02 liberal central

Viele Berliner Politiker machen es sich zu leicht, wenn sie hier nicht konkret werden. Dabei gibt es in Berlin gerade im Bereich der Umwelttechnik erfolgreiche Unternehmen und Forschungsschwerpunkte. Dort könnte zusätzliche wirtschaftliche Dynamik entstehen, während die gern beschworene Solarindustrie hinter die konkurrierenden Aktivitäten im größeren Umkreis Berlins zurückfällt. Nur durch eine Konzentration auf klar abgegrenzte Berliner Umweltindustrien mit besonderen wettbewerblichen Stärken wird sich in diesem Bereich die Wirtschaft dynamisch entwickeln. Anders als oft (z.B. von den Grünen) behauptet, helfen dabei zusätzliche Berliner Umweltauflagen nicht. Auch Umwelttechnikunternehmen werden nicht besser und erfolgreicher, wenn ihnen höhere Auflagen, Abgaben und Regulierungen aufgeladen werden. Sie gehen dann lieber dorthin, wo sie wesentlich günstigere Bedingungen vorfinden.

Um Unternehmen in Berlin nachhaltig anzusiedeln, braucht Berlin ein wirtschaftsfreundliches Klima. Dazu müssen endlich die Berliner Steuern und Abgaben gesenkt, die Verwaltungsabläufe und Genehmigungsverfahren vereinfacht sowie die übertriebenen Anforderungen des Berliner Vergabegesetzes abgeschafft werden.

Libérale Wirtschaftspolitik für Berlin setzt auf die Stärken der Berliner Wirtschaft. Das sind die bestehenden Unternehmensverbände, nicht vage Visionen. Liberale Wirtschaftspolitik baut Belastungen und Bevormundungen der Bürger und Unternehmen ab, damit diese sich entfalten können. Das gilt für alle Branchen, auch für die Umweltwirtschaft. Nur so kann die Wirtschaft unserer Stadt ihre bisher blockierten Potenziale entwickeln und wachsen. Das schafft neue gut bezahlte Arbeitsplätze. Damit wird das Geld erwirtschaftet, das benötigt wird, damit Berlin sich hohe Standards für Bildungseinrichtungen, Kultur, Straßen und Parks leisten kann. Dies wiederum wird weitere Unternehmen anziehen. Gute Wirtschaftspolitik ist deshalb die wesentliche Voraussetzung, um die Chancen und die Lebensqualität aller Berliner zu verbessern.

[Studium des Chemieingenieurwesens in Karlsruhe und Nancy. Nach mehreren Jahren in einer internationalen Beratung Gründung einer eigenen Unternehmensberatung. Nach 5 Jahren in der BVV Mitte weitere 5 Jahre im Abgeordnetenhaus. Dort Sprecher der FDP-Fraktion für Umweltpolitik und Verwaltungsreform.](#)



Im Gegensatz zur rot-roten Regierung und den Grünen wollen wir keine ideologische Debatte über die Schulform. Es muss Chancengerechtigkeit für alle Schulformen geben. Das heißt aber auch, dass eine Schulform, die gut angenommen wird und gut funktioniert, nicht diskriminiert oder gar abgeschafft wird – das Gymnasium. Für uns ist daher unverständlich, dass die Sekundarschulen eine kleinere Klassengröße haben als die Gymnasien.

Die FDP ist in Berlin die einzige Partei, die sich für Schulen in freier Trägerschaft einsetzt. Wir Berliner, die am Schlechtesten im Pisavergleich abschneiden, sollten jede neu gegründete Schule mit einem guten Konzept begrüßen. Denn wir brauchen höhere Qualität und Vielfalt für alle Kinder in Berlin. Wir fordern deshalb auch, dass eine Schule – egal ob in freier oder staatlicher Trägerschaft – pro Schüler einen bestimmten Geldbetrag vom Land erhalten muss.

Liberales für das Abgeordnetenhaus von Berlin

Freiheit und Chancengerechtigkeit für alle

von Dr. Maren Jasper-Winter

In diesen Tagen sind die Erstklässler feierlich eingeschult worden. Rund 4.500 Kinder starten dabei ohne ausreichende Deutschkenntnisse. Das ist für die Kinder eine Katastrophe und Ausdruck eines vom Senat verschlafenen Problems: Fehlende frühkindliche Bildung. Deshalb setze ich mich zusammen mit der FDP für einen Sprachstandstest aller Kinder mit drei Jahren ein. Die Kinder, die den Test nicht bestehen, sollen in verbindlichen vorschulischen „Startklassen“ in den KiTas auf die Schule vorbereitet werden.

Die Gustav-Falke-Grundschule in Wedding hat dieses Problem erkannt und sogenannte „Deutschklassen“ eingerichtet, in denen Kinder, die die deutsche Sprache schon ausreichend beherrschen, zusammen lernen. Diese Möglichkeit wurde gut angenommen. Sie sorgt dafür, dass mehr Kinder aus dem Stadtteil Mitte in Wedding auf diese Schule gehen.

Dies zeigt, dass wir den Schulen mehr Freiheit geben müssen. Statt staatlichem Zwang sollen sie selbst beurteilen, welches Profil und Angebot geeignet ist und von den Eltern gewünscht wird. Die FDP ist die einzige Partei in Berlin, die diese Freiheit konsequent einfordert. So sind wir für die Abschaffung der Schuleinzugsgebiete. Denn Eltern sollen die Grundschule für ihre Kinder frei wählen können.

Schulen müssen endlich über ein eigenes Budget und Personalhoheit verfügen. Denn gerade in Problemkiezen ist es wichtig, dass Schulen Lehrerinnen und Lehrer einstellen können, die sich in besonderem Maße dieser Aufgabe annehmen möchten.

Dieser „Schulgutschein“ sorgt dafür, dass private Träger berechtigt sind, dieselbe Finanzierung zu beziehen wie staatliche. Möchten sie dies nutzen, dürfen sie allerdings kein Schulgeld von den Eltern verlangen.

Ich setze mich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Auf diesem Gebiet muss noch viel getan werden. Wir haben zwar in Berlin statistisch ausreichende KiTa-Plätze, jedoch nicht in den Kiezen, in denen sie benötigt werden. Zudem stimmen die Öffnungszeiten vieler KiTas noch nicht mit den üblichen Arbeitszeiten überein. Es ist nicht in allen Berufen möglich, ein Kind schon um 16 Uhr von der KiTa abzuholen.

Ich engagiere mich schließlich für den Schutz der Bürgerrechte und eine stärkere Bürgerbeteiligung. Bürgerentscheide auf Bezirksebene sollen endlich verbindlich werden. Außerdem müssen wir unser Berliner Wahlrecht novellieren. Wie z.B. in Hamburg und Baden-Württemberg sollen statt starrer Parteilisten künftig die Wähler entscheiden können, wer in das Abgeordnetenhaus einzieht („Kumulieren und Panaschieren“).

Dr. Maren Jasper-Winter (34), Juristin, arbeitet in der Rechtsabteilung eines Unternehmens. Sie kommt aus Münster, lebt seit 12 Jahren in Mitte und engagiert sich seitdem in der FDP. Sie ist Vorsitzende der FDP Berlin-Mitte. Bessere KiTas und Schulen und der Schutz der Bürgerrechte liegen ihr am Herzen.



Libérale für das Abgeordnetenhaus von Berlin

Integration in Berlin: Toleranz ja, Ignoranz nein

von Agnes Ciuperca

Integration ist keine Frage der Herkunft. Auch wenn in der öffentlichen Diskussion immer wieder über den so genannten Migrationshintergrund gesprochen wird, ist dies als Erklärung für Integrationsprobleme zu kurz gesprungen. Sich nicht zu integrieren heißt letztlich, an den gesellschaftlichen Entwicklungen nicht teilzunehmen, sich dem Konsens zu entziehen, der unsere Gemeinschaft zusammen hält – in der Schule, im Beruf und im Privatleben. In Berlin leben nicht nur Familien mit Migrationshintergrund am Rande der Gesellschaft, sondern auch viele Deutsche ohne Migrationshintergrund. In der Zeit der rot-roten Regierung haben sich viele Probleme noch verschärft.

In Berlin haben Jugendliche schlechtere Chancen auf einen Ausbildungsplatz als sonstwo in Deutschland. Die Schulabbrecherquote ist hoch und die Ergebnisse der PISA-Studien verorten Berlin am Ende der Leistungsskala. Viel hat die rot-rote Regierung versprochen, umgesetzt wurde wenig. So kommt der regierende Bürgermeister Klaus Wowereit im Fach „Integration“ im Abschlusszeugnis seiner Regierung über ein „ungenügend“ nicht hinaus,

Um präventiv die Integration zu verbessern, werden wir Sprachkenntnisse stärker einfordern als bisher. Wenn Kinder vor ihrer Einschulung die deutsche Sprache nicht beherrschen, sollen sie in der KiTa und in der verbindlichen Start-Klasse ausreichend Deutsch lernen. Auch sozial schwache Familien ohne Migrationshintergrund werden davon profitieren.

Nicht hinnehmbar ist für uns, dass viele gut ausgebildete Migranten nicht in ihrem Berufsfeld arbeiten können, weil ihre Abschlüsse nicht anerkannt werden. Wir werden uns für ein einheitliches, übersichtliches und effizientes Verfahren zur Anerkennung von Berufsabschlüssen einsetzen, damit Migranten ihre Potentiale ausschöpfen und selbstbestimmt ihr neues Leben in Berlin aufbauen können.

Tragisch für den Einzelnen sind die Auswirkungen einer verfehlten Integrations- und Sozialpolitik dann, wenn Kinder und Jugendliche ihrer Chancen für Bildung und Arbeit beraubt werden. Zur gesellschaftlichen Gefahr werden sie, wenn Autos und Kinderwagen in Brand gesetzt werden und Aggressivität und Kriminalität immer mehr Raum greifen. Die Regierung aus SPD und Linke hat es nicht geschafft die Bürger der Stadt, neu hinzu gezogen wie alteingesessenen, reich wie arm, miteinander zu versöhnen.

Weder die regierende Koalition, noch die Grünen können glaubwürdig für den Schutz von Eigentum und Leben in Berlin auftreten. In den letzten Jahren wurden 4.000 Stellen bei der Polizei ersatzlos gestrichen. Zerstörung von fremdem Eigentum und Hass auf diejenigen, die besser verdienen, dürfen nicht salonfähig werden. Einen ideologischen Schutzschirm darf es weder für links- noch für rechtsradikale Gewalt geben.

Jugendliche Gewalttäter wollen wir schneller als bisher vor Gericht stellen. Ein „Warnschuss“-Arrest soll Jugendlichen die Konsequenz ihres Handelns aufzeigen. Beschleunigte Verfahren sollen sicherstellen, dass nicht zuviel Zeit vergeht zwischen Vergehen und Strafe. Ein Frühwarnsystem für auffällige Kinder und Jugendliche soll größeren Straftaten vorbeugen. Berlin darf sich keine Ohnmacht gegenüber jugendlichen Straftätern leisten.

Toleranz und Vielfalt sind Berlins Markenzeichen. Wir setzen uns dafür ein, dass Berlin weiterhin mit einem positiven Image attraktiv für Touristen ebenso wie für neue Einwohner ist. Dafür braucht Berlin eine andere Politik: eine, die Toleranz fördert und Ignoranz ablehnt.

Geboren 1978 in Rumänien, Abitur 1998 in Kornthal-Münchingen, Studium der Kommunikationswissenschaft und Politik in München Ausbildung zur Redakteurin an der Berliner Journalistenschule, derzeit Referentin der FDP-Bundestagsfraktion für Entwicklungspolitik.



Liberales für das AGH

Bildung muss sich lohnen

von Dr. Bettina von Seyfried

Als waschechte Berlinerin kenne ich diese unangepasste, originelle, manchmal unbequeme Stadt, die immer am Puls der Zeit und ein außergewöhnlicher Schmelztiegel ist, seit Jahrzehnten. Meine wichtigsten Anliegen sind: Integrativ wirken und die internationale Vielschichtigkeit der Stadt herausstellen, breite Bildung über die reine Schulbildung hinaus, kulturelle Vielfalt setzt kulturelle Bildung voraus - für das Erschaffen, wie für das Konsumieren. Bibliotheken: lange Öffnungszeiten und qualifizierte Beratung und Betreuung. Volkshochschulen spielen eine zentrale Rolle für Aus-, Fort- und Weiterbildung. In beiden Bereichen muss investiert werden. Stellen für FaMIs, Diplom- und Wissenschaftliche Bibliothekare müssen mit qualifiziertem Personal nachbesetzt werden. Auch hier gilt: Bildung muss sich wieder lohnen.

Handlungsfreiheit und finanzielle Unterstützung auch für kleinere Projekte und Initiativen besonders auf allen Ebenen der Musik, Theater, Galerien, Literatur und Mode-Szene. Selbstverantwortung des Einzelnen und Verantwortung für das Gemeinwesen stärken, ebenso angemessene Versorgung alter und bedürftiger Menschen. Sich gegen das soziale Gefälle stemmen, für den fairen Umgang miteinander einsetzen und dafür, dass sich Arbeit für jeden lohnt. Faire und angemessene Entlohnung, auch in der digitalen Welt - insbesondere Einhaltung der geltenden Urheberrechtsbestimmungen. Medienkompetenz stärken, um gegen Fehlentwicklungen dieser neuen Plattform gewappnet zu sein.

Geborene Berlinerin, Studium: Musikwissenschaften, Publizistik und Geschichte. Vaganten-Bühne-Berlin, ZDF Berlin und Mainz; Adelaide University/Australien; Deutsche Nationalbibliothek. Businessausbildung. Vielseitige Gremienarbeit, seit 10 Jahren FDP Berlin, u.a. Ortsvorsitzende/Wedding, Landes- und Bundesfachausschuss Kultur. Autorin, musikalisch aktiv, Reiterin.



Liberales für das AGH

Neuen Schwung für Berlin

von David Issmer

Während allorts in Deutschland die Wirtschaft kräftig brummt und die Arbeitslosenzahlen sinken, scheint der Aufschwung an Berlin weitgehend vorbeizugehen. Dabei mangelt es unserer Stadt nicht an Potential. Der rot-rote Senat lässt es bisher nur völlig brach liegen. Es fehlt an einem klaren Kurs für die Ansiedelung von Unternehmen, um Investitionen nach Berlin zu holen. Eine Weltmetropole darf sich nicht allein mit einem coolen Image und einer vorzeigbaren Kultur- und Kreativbranche begnügen. Vielmehr muss der Senat aktiv und pragmatisch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Unternehmen zuziehen und vor Ort Wertschöpfung entsteht. Nur so entstehen dauerhaft Arbeitsplätze und Steuereinnahmen für die Stadt.

Ein Zugpferd einer positiven Entwicklung könnte der Bildungsstandort Berlin sein. Eine bessere Vernetzung mit den ansässigen und neu hinzuziehenden Unternehmen würde dazu führen, dass nicht mehr so viele gut ausgebildete junge Menschen die Stadt verlassen, weil sie attraktive Arbeitsplätze nur in München, Stuttgart oder Frankfurt finden. Auch das unsägliche „Herumbasteln“ am Schulsystem durch immer neue Reformen muss schnellstmöglich aufhören. Die darunter leidenden Schüler und ihre verunsicherten Eltern müssen sich endlich darauf verlassen können, dass die Schulen in der Bundeshauptstadt eigenverantwortlich entscheiden dürfen, wie sie ihren Unterricht jeweils am Besten gestalten. All das wird dabei helfen, Berlin aus der Stagnation herauszuholen.

Geb. 1979 in Osnabrück, Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg und Berlin. Von 2006 bis 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag, anschließend Referendariat am Kammergericht. Von 2009 bis 2011 Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Berlin und Vizevorsitzender der FDP Mitte.



Liberales für das AGH

Rot-rote Hochschulpolitik und die liberale Alternative

von Sven Hilgers

Würde man Bildungssenator Zöllner kurz vor seinem Rückzug aus der Politik ein Abschlusszeugnis schreiben, so kämen wohl kaum mehr heraus als die Zeilen „Er war stets bemüht“. Mit seiner letzten großen Reform – der Berliner Hochschulgesetznovelle – sollte der Bologna Prozess endlich auch in Berlin ankommen. Die Begriffe Bachelor und Master tauchen jetzt endlich auch im BerIHG auf. Zugleich hat Zöllner in dem Gesetz aber den gestalterischen Spielraum der Hochschulen massiv eingeschränkt. Dies führte zu dem Ergebnis, dass die meisten Hochschulen mit der Umsetzung der Novelle überfordert sind und teilweise sogar das Betreuungsangebot aus Kostengründen reduzieren müssen.

Die Bilanz nach fünf Jahren rot-roter Hochschulpolitik: den Hochschulen fehlt das Geld und der Spielraum sich selbst zu gestalten.

Die FDP ist die einzige Partei, welche die Hochschulen in die Freiheit entlassen möchte. Angefangen bei der Aufhebung der Lehrverpflichtungsverordnung über die Erhebung von nachgelagerten Studienentgelten bis hin zur Kapazitätsneutralität von Drittmitteln wollen die Liberalen freie Hochschulen fernab obrigkeitsstaatlicher Vorgaben. Die liberale Alternative kann dem Reformstau und den Verschlimmbesserungen ein Ende setzen, indem sie die Hochschulen selber entscheiden lässt. Schließlich wissen die Mitglieder der Hochschule - Lehrende und Lernende - und nicht kontrollsüchtige Politiker, deren Studium Jahrzehnte zurückliegt, was am besten für die Hochschule ist.

Sven Hilgers, 22 Jahre, studiert Politikwissenschaften an der FU Berlin. Er ist Landesvorsitzender der Liberalen Hochschulgruppen Berlin-Brandenburg und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Bildungs- und Hochschulpolitik. In seiner Freizeit genießt er die grüne Lunge Weddings.



Liberales für das AGH

Weiter so, Wowereit?

von Dr. Kurt M. Lehner

Berlin bietet große Chancen, wird aber ideologisch blockiert. Eine hilflose Innenverwaltung konstatiert elf brennende Autos allein in einer Nacht; seit Wochen geistern Brandstifter durch die Stadt; aber weder Innensenator Körting noch Bürgermeister Wowereit scheint das zu interessieren. Berlins Bildungssystem schneidet erneut im bundesweiten Vergleich besonders schlecht ab – nachdem SPD und Linke neue Pädagogik-Experimente frustrierten Schülern, verzweifelten Eltern und überlasteten Lehrern auferlegt haben. Wowereit hat Berlin für „arm aber sexy“ erklärt. Tatsächlich hat er Berlin arm gemacht – nur nicht an Bürokratie! Trotzdem ist der „regierende“ Partymeister Favorit bei der Wahl.

Die FDP ist für Berlin unverzichtbar: Wir brauchen eine servicefreundliche Verwaltung statt Behörden-schunegel. Wir brauchen keine Gleichmacherschulen mit Losglück statt Leistungserfolg, sondern schulische Vielfalt, die Eltern und Kindern entgegenkommt. In der Ausländerpolitik brauchen wir statt „Toleranz durch Wegschauen“ eine gestaltende Integrationspolitik, die Probleme benennt und Fehlverhalten sanktioniert – und zugleich Perspektiven und Chancen eröffnet. Statt einer Straßenbahn, die die Invalidenstraße oder dereinst die Turmstraße verstopft, braucht Moabit eine rasche Anbindung nach Mitte - mit der U5, die endlich Vorrang haben muß. Und statt der rot-rot-grünen, staatskultischen Verehrung für linke Antidemokraten wie Rosa Luxemburg oder Rudi Dutschke brauchen wir die Anerkennung der Werte, die eine Gesellschaft lebendig und zukunfts-fähig machen: Familie, Eigentum, Wettbewerb!

Dr. Kurt M. Lehner, geb. 1967, studierte in Erlangen-Nürnberg und Bonn Politikwissenschaft, Geschichte, Vergleichende Religionswissenschaft sowie Philosophie und VWL. MdB-Büroleiter, Publizist. Vors. LFA Kultur und Medien, stellv. Vors. BV Berlin-Mitte, Vors. OV Tiergarten. 2009 Bundestagskandidat für Berlin-Mitte.



Die letzte Hoffnung auf klare politische Verhältnisse in den Bezirken wurde mit faulen Kompromissen zwischen der SPD, der Linken und der CDU begraben. Warum also soll man wählen gehen?

So enttäuschend die aktuelle Lage in Mitte auch sein mag, gibt es auch positive Tendenzen. Mitte gehört zu den wenigen Bezirken, in denen die Zahl der Geburten – in der Mittelschicht! – steigt. Wir haben nach wie vor eine attraktive Clubszene, für die sich die FDP schon immer stark eingesetzt hat. Und immer mehr Investoren wollen in unserem Bezirk bauen – und zwar nicht nur in den „vornehmen“ Lagen, sondern bezirkweit.

Dies sind Chancen, die der Bezirk nicht verpassen darf.

Liberales für die Bezirksverordnetenversammlung Mitte

Freiheit. Selbstbestimmung statt Bevormundung

von Peter Pawlowski

Die heiße Phase des Wahlkampfes hat begonnen. Und wie schon vor fünf Jahren, werden sich auch heute viele Bürger fragen, warum soll man überhaupt wählen gehen. Die Skepsis der Wähler ist angesichts der Turbulenzen auf den Finanzmärkten und der Euro-Krise, von deren Lösung wir noch weit entfernt sind, mehr als berechtigt. Schaut man auf die deutsche Hauptstadt und deren zentralen Bezirk, dann mutet die aktuelle Lage auch nicht optimistisch an.

Rot-Rot regiert Berlin seit 2002. Glaubte man den linken Apologeten, müssten in Berlin schon längst paradiesische Verhältnisse herrschen. Daher setzt die SPD in ihrer Kampagne auf die vermeintlichen Erfolge ihrer Regierung. Doch die Bilanz der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der letzten fünf Jahre fällt mager aus. Berliner Schüler belegen nach wie vor einen der letzten Plätze bei allen Studien. Die Arbeitslosigkeit nahm nur minimal ab. In Bezug auf die wirtschaftliche Dynamik bildet Berlin das Schlusslicht unter den großen Städten.

Und unser Bezirk? Die letzte Sozialstudie zeigt ein dramatisches Bild: die Zahl der Haushalte, die auf Transferleistungen angewiesen sind, steigt. Berlin-Mitte weist nach wie vor die höchsten Schulabbrecher- und Arbeitslosenquoten der Stadt auf. Mitte leidet – wie alle anderen Bezirke – unter einem unausgewogenen Zuweisungssystem des Senats, das ihnen nur wenig (um nicht zu sagen: gar keinen) Spielraum für eigenständige Entscheidungen einräumt. Die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst wirken sich lähmend auf die Verwaltungen und demotivierend auf die Beschäftigten aus.

Im Gegensatz zu allen (!) politischen Mitbewerbern begrüßt die FDP den Zuzug von neuen Mietern und Eigentümern. Die berechtigten Interessen der „Altbewohner“ müssen natürlich bei allen stadtentwicklungspolitischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Doch wer sich gegen jede Baumfällung, jeden Abbau eines Schrebergartens und jedes neue Wohnhaus „für die Reichen“ wehrt, dem droht der Untergang durch das Kleinkarierte. Mitte braucht neue Arbeitsplätze – für alle Schichten – und neue Wohnhäuser. Nur so kann die angespannte Lage auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt entschärft werden. Mieter mit geringen Einkommen können mittel- und langfristig durch Milieuschutz vor steigenden Kosten nicht bewahrt werden. Daher setzt die FDP bewusst auf eine Investorenfreundliche Politik, damit neue Arbeitsplätze entstehen und die Empfänger von Transferleistungen Jobs bekommen um die höheren Mieten zahlen zu können. Deshalb braucht der Bezirk Mitte eine starke FDP, die als wichtiges Korrektiv der als „sozial“ oder „umweltfreundlich“ getarnten Zementierungspolitik ihre Rolle erfüllt und zur positiven Entwicklung aller Stadteile in unserem Bezirk beiträgt. Wer eine solche Entwicklung wünscht, muss wählen gehen!

Vor über 20 Jahren bin ich aus dem sozialistischen Polen nach West-Berlin gezogen. Aus der Erfahrung der Unfreiheit weiß ich, dass Wohlstand und Selbstverwirklichung nur durch Freiheit und Selbstbestimmung erreicht werden können. Seit dem Jahr 2006 bin ich Vorsitzender der FDP-Fraktion in der BVV.



Ich würde mir nur wünschen, dass mehr Menschen glaubwürdig über diese Themen reden, die nämlich auch persönlichen Kontakt mit Betroffenen haben. Wenn mich ein Zehlendorfer auf die Burka-tragenden Weddingerinnen anspricht, weiß ich nicht, ob ich lachen oder mich ärgern soll.

Ein Thema, das mich sozusagen vor der Klammer bezüglich der Berliner Politik beschäftigt, ist die finanzielle Situation dieser Stadt. Berlin hat 62 Mrd. Euro Schulden, das sind fast 10% der Schulden aller Bundesländer. Die Einwohnerzahl liegt zum Vergleich bei etwa 4%. Andere Länder haben Recht, wenn sie dagegen klagen, Berliner Missmanagement und Wahlversprechen per Finanzausgleich bezahlen zu müssen, während sie selbst ihre Ausgaben zurück schrauben. Die Schuldenlast Berlins ist mehr als dreimal so groß wie die jährlichen Gesamteinnahmen.

Liberales für die Bezirksverordnetenversammlung Mitte

Den Menschen Hilfe gewähren, die sie nötig haben

von Hartmut Bade

„Politik ist die Kunst, die Leute daran zu hindern, sich um das zu kümmern, was sie angeht.“ Durch diese von Paul Valéry in Worte gefasste Brille betrachte ich mein politisches Handeln. Oder mit Max Weber: „Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, ist es nötig, kein Gesetz zu machen.“ (Gilt auch für Verordnungen und Regulierungen aller Art.)

Ich kenne aus eigenem Erleben sowohl das Los der Selbstständigkeit wie die Verantwortung eines leitenden Angestellten. Politiker sollten wissen, was es heißt, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Wirklich leisten können das nur freie Unternehmer, nicht der Staat. Mein größtes Interesse gilt der Sozialpolitik. Leider herrscht auf diesem Gebiet in Berlin völlige Intransparenz. Millionen versickern in schlecht kontrollierten Organisationen und Maßnahmen. Die Jobcenter leisten peinlich schlechte Vermittlungs- und Betreuungsarbeit. Das Jobcenter Mitte ist durch skandalöse Verwaltung Ihrer Finanzmittel aufgefallen. Dabei ist es doch die wichtigste politische Aufgabe überhaupt, den Menschen, die Hilfe nötig haben, diese auch zu gewähren.

Ich lebe – und kandidiere – sehr bewusst und gern im Wedding. Diesem Stadtteil ist eine natürlich gewachsene Stadtkultur eigen. Keine Region Berlins ist authentischer. Hier wird die vielfältige Wirtschafts- und Kulturlandschaft einfach gelebt – ohne die überkandidelten Übertreibungen der Vorzeige-Multi-Kulti-Kieze. Die Forderungen, die unser Wahlprogramm gegenüber Migranten aufstellt, teile ich absolut.

Jeder Einwohner bringt jährlich etwa 2.000 Euro nur für die Personalkosten des Landes auf, jeder Steuerzahler also ein Mehrfaches davon. Wo soll das noch hinführen, wenn sich nicht die fordernde Einstellung der Bürger und ihrer Politiker gegenüber dem Staat ändert?

Noch ein Wort zum Quartiersmanagement: Da gibt es gute Ansätze, z.B. im Soldiner Kiez, wo im Wesentlichen moderiert und vernetzt wird, um den Bürgern und Vereinen Anstöße und Unterstützung für ihre Arbeit zu geben. Wenn aber im Jahr allein 2,6 Mio. Euro ins Quartier Brunnenstraße oder 2,3 Mio. ins Quartier Spandauer Vorstadt fließen, frage ich mich sehr ernsthaft, ob nicht ein Großteil dieser Mittel in den Schulen und Kindereinrichtungen besser eingesetzt wäre. Quartiersmanagement muss dazu führen, positive Entwicklungen zu verselbstständigen. Am Helmholtzplatz im Prenzlauer Berg kann man besichtigen, wie über die Menschen und eine gesunde Entwicklung hinweg „gemanagt“ wurde. Dort ist für Millionen von Euro eine Kunstwelt für besser Gestellte entstanden mit Bioläden und alternativen Kinderbetreuungen. Die Einheimischen wurden weggeplant. Das ist nicht Sinn der Sache.

Hartmut Bade, Wedding, geb. 1961, verheiratet und Vater zweier erwachsener Kinder; Inhaber von Schulen für Nachhilfe und Förderunterricht; seit 2009 Büroleiter eines stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion; bis 2010 Sozial- und Sportpolitischer Sprecher im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr.



Ziel muss es sein, alle Schulsprengel aufzulösen und den Eltern die Auswahlmöglichkeit für alle Grundschulen im Bezirk zu gewährleisten.

Auch im Bereich der Gymnasien muss der Ganztags-schulbetrieb ausgebaut werden, insbesondere dann, wenn das 12jährige Abitur auch in Zukunft bestehen bleibt. Außerdem müssen im Bereich der Gymnasien weitere grundständige Züge eingerichtet werden, insbesondere mit moderner Sprachenfolge.

Das Lessing-Gymnasium muss unbedingt eine zweite Schnellernerklasse erhalten, nur dann ist dieser Bildungsgang sinnvoll organisatorisch durchzuführen.

Der vorhandene Bildungsverbund zur Förderung von Begabungen in den Ortsteilen Wedding und Gesundbrunnen muss gestärkt werden.

Liberales für die Bezirksverordnetenversammlung Mitte

Schulen in Mitte: Vielfalt und Qualität verbessern

von Peter Lundkowski

Wegen der knappen Haushaltslage müssen auch im kommunalen Bereich Prioritäten gesetzt werden. Für mich hat die Schulsanierung eindeutig Vorrang. Jede Schulreform bzw. Veränderung der Schulstruktur kann nur erfolgreich sein, wenn ausreichend Lehrpersonal zur Verfügung steht, d. h., es muss – einschließlich des Vertretungsbedarfs – an jeder Schule mindestens eine Lehrerausstattung von 108% vorhanden sein. Die Lehrer an vielen Schulen in Mitte brauchen bei der Bewältigung pädagogischer Aufgaben Unterstützung. Schulstationen leisten hierbei die notwendige Hilfe. Deshalb müssen weitere Schulstationen in Mitte eingerichtet werden, um den Bedarf an Schülerbetreuung zu decken.

Ziel der Schulbildung muss der mündige Bürger sein, der fähig ist, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Deshalb muss die politische Bildung an Sekundarschulen und Gymnasien verbessert werden, z. B. durch regelmäßige Schulveranstaltungen mit Bezirkspolitikern, mit Verbandsvertretern, durch ein bezirkliches Jugendparlament, das regelmäßig tagt. Die Wahlfreiheit bei der Auswahl der Grund- und der Oberschulen muss gewährleistet werden. Kinder müssen zu der Schule gehen dürfen, die ihre Eltern für die beste halten. Feste Einschulungsbereiche und die Zuteilung der Grundschulplätze müssen in allen Ortsteilen beseitigt werden. Mit der „Sprengel-lösung“ für die Einschulung ist der Bezirk auf dem richtigen Weg. Allerdings gibt es immer noch 2 Schulsprengel mit nur einer Schule – hier haben die Eltern keine Wahlmöglichkeit.

Schulen müssen allen Schülern gleichermaßen die besten Chancen für einen Start ins Leben geben. Hochbegabte müssen frühzeitig erkannt und individuell gefördert werden, gleichzeitig müssen aber auch die schwächeren Schüler in der Schule unterstützt und deutlicher als bisher gefördert werden. Aus dem Grunde stehe ich dem neu zu entwickelnden Unterrichts- bzw. Organisationsprinzip, der Inklusion, positiv gegenüber.

Die Bildungsvielfalt im Schulbereich braucht nicht nur integrierte Sekundarschulen und Gymnasien, sie braucht auch grundständige Gymnasien und Schulen in freier Trägerschaft. Überall dort, wo Eltern und Lehrer eine Gemeinschaftsschule einrichten wollen, muss dieser Wunsch respektiert und im Einzelfall unterstützt werden. Allerdings darf es keine flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule als Regelschule geben - das würde die Wahlfreiheit beenden. Bildungsvielfalt braucht aber auch Schulen in freier Trägerschaft. Diese müssen deutlicher als bisher im Bezirk unterstützt, ermutigt und nicht wie bisher behindert werden.

Nur eine Vielfalt im Bildungssystem kann der Bevölkerungsstruktur in unserem Bezirk gerecht werden.

Peter Lundkowski, geb. 1940; verheiratet; Studiendirektor i.R. mit langjährigen Berufserfahrung, auch als Personalratsmitglied. Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion in der BVV Mitte.



Liberales für die BVV Mitte

Jugendarmut überwinden

von Alexander Platonov

Freiheit ist weitaus mehr, als zu tun und zu lassen, was man will. Für mich bedeutet Freiheit vor allem, seine Talente ohne systemische Schranken verwirklichen zu können. Doch ist ein junger Mensch, der das Bildungssystem ohne Erfolg verlässt und dem lediglich die Aussicht auf Grundsicherung blüht, in diesem Sinne wirklich „frei“? Ich weiß aus Erfahrung am eigenen Leib, was nachteilige Startbedingungen sind und vor welchen Schwierigkeiten Menschen stehen, die keine familiären und kulturellen Wurzeln in diesem Land haben. Ich weiß aber auch, dass dieses Land viele Chancen bietet, die nur darauf warten, ergriffen zu werden.

In Berlin-Mitte gibt es leider viel zu Viele, die diese Chancen aus Mangel an jeglicher Qualifikation gar nicht nutzen können. Am Stärksten betroffen sind leider junge Migranten. Die gern zitierte „familiäre Bildungsferne“ ist nur ein Symptom, der Quell allen Übels liegt in Wirklichkeit in der fehlenden Eigenverantwortung. Gerade wir Liberale sind hier gefragt, andere für das eigene Schicksal zu begeistern und mit ihnen gemeinsam ihr Potential herauszuarbeiten. Die Gleichung Migrant = Sozialfall darf nicht gelten. Ich stelle mich entschieden gegen eine solche Resignation. Deshalb möchte ich mich als Bezirksverordneter den unübersehbaren sozialen und Integrationsproblemen in unserem Bezirk widmen. Besonders liegt mir am Herzen, durch wirksame, gern auch strenge, Hilfestellungen im Schulwesen Jugendlichen echte Lebensperspektiven jenseits von Hartz IV zu eröffnen.

Alexander Platonov ist Senior Software Researcher bei einem bekannten Berliner Software-Unternehmen. Der 30jährige Informatiker wurde in Moskau geboren und lebt seit 1990 in Deutschland. In der Berliner FDP setzt er sich für eine pragmatische und an den realen Problemen orientierte Integrations- und Sozialpolitik ein.



Liberales für die BVV Mitte

Wir sind das Volk

von Matthias Hildebrandt

Die Einmischung des Staates in die Belange des Einzelnen darf das Maß des Notwendigen nicht überschreiten. Als ehemaliger DDR-Bürger weiß ich wie gefährlich es ist, wenn staatliche Macht unkontrolliert ausgeübt wird. Dies gilt selbstverständlich auch auf kommunaler Ebene im Stadtstaat in Berlin. Denn für die Bürger ist das Bezirksamt erster Ansprechpartner und Entscheider.

Deshalb setze ich mich für das politische Bezirksamt sowie direkt gewählte Bürgermeister und Stadträte ein. Der Stärkung der Bezirksverordnetenversammlung als kommunales Parlament möchte ich mich besonders widmen. Ich bin der Meinung, dass auch den Bezirksämtern endlich eine wirksame Kontroll- und Mitwirkungsinstanz gegenübergestellt werden muss. Dies ist nach derzeitiger Rechtslage noch nicht gegeben. Dazu gehört zwingend, dass das Votum der Verordneten rechtlich bindend ist. Auch auf Bezirksebene müssen die Entscheidungen für alle Bürger transparent sein.

Nach meiner Auffassung müssen erfolgreiche Bürgerbegehren und Bürgerentscheide umgesetzt werden. Denn es ist ein demokratisches Prinzip, den Willen der Bürger zu respektieren und diesen zügig umzusetzen. Ämter sollen Dienstleister am Gemeinwesen sein und keine Bremsen, die durch unsinnige Verordnungen und Vorschriften die Eigeninitiative der Bürger hemmen. Die trifft vor allem auf die so dringend gebrauchten Unternehmer und Unternehmensgründer zu, für die eine effizient arbeitende Verwaltung geradezu notwendig ist für deren wirtschaftliches Überleben am Markt.

Matthias Hildebrandt leitet eine Werkstatt für Menschen mit Behinderungen in Berlin-Marzahn. Der 48jährige stammt ursprünglich aus Leipzig und ist inzwischen leidenschaftlicher Berliner. Bevor er in der Behindertenhilfe tätig wurde, hat er im Verlagswesen und in der Elektroindustrie gearbeitet.



Liberales für die BVV Mitte

Verkehr für Berlin

von Erich Schmid

Flüssiger Verkehr, eine gute Verkehrsinfrastruktur und je nach Bedarf und Bedürfnis verfügbare Verkehrsmittel bilden die Grundlagen für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt Berlins. Jeder Verkehrsträger egal ob Bahn, S-Bahn, U-Bahn, Tram, Bus, Auto, Lkw, Schiff oder Flugzeug hat seine Stärken und Schwächen. Die Stärken der einzelnen Verkehrsträger gilt es zu fördern und nutzbringend einzusetzen. Die Verbannung oder Ächtung eines Verkehrsträgers ist kurzsichtig und unsinnig. Es kommt auf den richtigen Mix an.

Straßen sind für einen flüssigen Auto- und auch Lieferverkehr wichtige Lebensadern. Ihr Erhalt und, wo nötig, Ausbau ist ebenso wichtig wie der Erhalt und der Ausbau von Bahnlinien jeglicher Art. Das eigene Auto ist für viele Berlinerinnen und Berliner ein dringend notwendiges Verkehrsmittel. Autofahrerinnen und Autofahrer haben genauso ein Recht zügig voran zu kommen wie alle anderen Verkehrsteilnehmer. Denn jeder Stau kostet: wertvolle Lebens- und Arbeitszeit, Nerven und Geld. Gute Straßen der verschiedensten Kategorien von Spiel- und Wohnstraßen, über Zubringer, Durchgangsstraßen bis hin zu einer funktionsfähigen Stadtautobahn im gesamten Stadtgebiet sind notwendig.

Tramlinien sind eine wunderbare Alternative zu U- und S-Bahn sowie zum Busverkehr. Aber nur wenn die Tram ein eigenes Gleisbett hat. Wenn sie hingegen mit Autos, Bussen und Lkws um denselben Platz konkurriert, dann ist sie für alle, sowohl für Tram-Nutzer als auch für Autofahrer, ein Ärgernis.

Erich Schmid wurde 1970 in Straubing geboren. Von 1989 bis 2002 war er Offizier der Bundeswehr. Dabei studierte er von 1992 bis 1996 Staats- und Sozialwissenschaften in München und Austin. Seit 2004 arbeitet er im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und koordiniert dort die Europapolitik.

Die liberale Kampagne zur Berlinwahl 2011 im Internet

www.die-neue-fdp.de

Kampagnen-Webseite der FDP Berlin
Übersicht über alle liberalen Informationen zur Wahl

Wahlprogramm der FDP Berlin

Freiheit kann man wählen.
Das Wahlprogramm der Berliner FDP

Kurzwahlprogramm der FDP Berlin

- Wahlfreiheit für Schüler, Eltern und Lehrer im Bildungssystem
- Wirtschaftliche Wahlfreiheit für Arbeitnehmer und Unternehmer
- Wahlfreiheit für die Steuerzahler von heute und kommende Generationen
- Wahlfreiheit für Bürger und Unternehmen durch weniger Bürokratie
- Wahlfreiheit bei Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsmitteln
- Wahlfreiheit durch Dynamik bei Stadtentwicklung und im Wohnungsmarkt
- Wahlfreiheit durch mehr Bürgerrechte – auch bei der Wahl
- Wahlfreiheit für Migranten durch erfolgreiche Integration
- Wahlfreiheit bei der Lebensgestaltung durch konsequente Bekämpfung linksextremistischer Gewalt



www.fdp-mitte.de

Webseite der FDP Berlin-Mitte

Wahlprogramm der FDP Mitte für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung Mitte

- Bildungsvielfalt statt Gleichmacherei
- Stadtentwicklungspolitik attraktiv für Anwohner und Investoren
- Integration: Chancen und Eigenverantwortung statt Bevormundung
- Stärkung der direkten Demokratie
- Wirtschaft, Verkehr und Ökologie

Kandidaten der FDP Mitte zur Wahl am 18. September 2011

Liberaler Liste

für das Abgeordnetenhaus von Berlin

1. Henner Schmidt MdA
2. Dr. Maren Jasper-Winter
3. Agnes Ciuperca
4. Dr. Bettina von Seyfried
5. David Issmer
6. Sven Hilgers
7. Hartmut Bade
8. Peter Pawlowski



Liberaler Wahlkreiskandidaten

für das Abgeordnetenhaus von Berlin

- WK 1: Dr. Maren Jasper-Winter
WK 2: Henner Schmidt MdA
WK 3: Peter Pawlowski
WK 4: Dr. Kurt Lehner
WK 5: Hartmut Bade
WK 6: Sven Hilgers



Liberaler Liste

für die Bezirksverordnetenversammlung

1. Peter Pawlowski
2. Hartmut Bade
3. Peter Lundowski
4. Alexander Platonov
5. Matthias Hildebrandt
6. Erich Schmid
7. Anno Blissenbach

Herausgeber, V.i.S.d.P

Dr. Maren Jasper-Winter, FDP-Bezirksverband Berlin-Mitte, Schlegelstr. 24, 10115 Berlin

Chefredakteur

Nils Augustin, augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Hartmut Bade, Claudia Bandow, Anno Blissenbach, Ralf Breitgoff, Agnes Ciuperca, Dr. Nikoline Hansen, Matthias Hildebrandt, Sven Hilgers, David Issmer, Dr. Maren Jasper-Winter, Dr. Kurt M. Lehner, Peter Lundowski, Katja v. Maur, Peter Pawlowski, Alexander Platonov, Erich Schmid, Henner Schmidt, Dr. Bettina v. Seyfried

FDP Berlin-Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de

www.fdp-gendarmenmarkt.de

www.fdp-tiergarten.de

www.fdp-fraktion-mitte.de

www.fdp-hackescher-markt.de

www.fdp-wedding.de

www.liberal-central.de

www.fdp-ot.de

Bankverbindung

FDP Mitte, Konto 653 386 104, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10